

Protokoll über die öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirates Findorff am 15.03.2012 im
Gemeindesaal der Martin-Luther-Gemeinde, Neukirchstraße 86

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der Sitzung: 21.20 Uhr

Nr.: XI/2/12

Anwesend waren:

Herr Stefan Bendrien
Frau Gönül Bredehorst
Frau Hille Brünjes
Herr Mathias Döhle
Herr Christian Gloede
Herr August Kötter
Frau Heidi Locke
Herr Oliver Otwiaska
Herr Nima Pirooznia
Herr Peter Reinkendorf
Herr Frank Schmitz
Herr Rolf Steinhilber
Herr Urs Wahl
Frau Anja Wohlers

An der Teilnahme war verhindert:

Herr Peter Puls

Als Gäste konnten begrüßt werden:

Frau Dr. Rose - senatorische Behörde für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Frau Kilian - Amt für Soziale Dienste
Herr Backhaus - Polizei Bremen, S 5
Herr Schaper - Polizeirevier Findorff, Kontaktpolizist

Die Tagesordnung wurde einvernehmlich um den TOP „Lärmschutz an Bahnanlagen, hier: Stellungnahme des Beirates zum Grundstücksverkauf“ ergänzt, genehmigt und lautete somit wie folgt:

- TOP 1:** Genehmigung des Protokolls Nr.: XI/2/12 vom 20.02.2012
- TOP 2:** Lärmschutz an Bahnanlagen
hier: Stellungnahme des Beirates zum Grundstücksverkauf
- TOP 3:** Betreuungssituation der Kinder im Stadtteil
hier: Fortsetzung der Beratung vom 30.11.2011
- TOP 4:** Kriminalprävention im Stadtteil
a) Bericht zur stadtteilbezogenen Kriminalstatistik
b) Bericht über den Einsatz künstlicher DNA
- TOP 5:** Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten
a) aus der Bevölkerung
b) aus dem Beirat

TOP 6: Bericht der Sprecherin

TOP 7: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr.: XI/2/12 vom 20.02.2012
Das o.a. Protokoll wurde genehmigt.

TOP 2: Lärmschutz an Bahnanlagen
hier: Stellungnahme des Beirates zum Grundstücksverkauf

Frau Brünjes erläuterte, dass der Beirat Findorff sich solidarisch mit dem Verfahren des Beirates Mitte z. T. „Bahnlärm“ zeigen und den vorliegenden Antrag (sh. Anlage 1) des Beirates Mitte unterstützen sollte.

Hierüber bestand nach Abstimmung Konsens im Beirat.

Aus der Fraktion DIE GRÜNEN wurde eingebracht, dass der Beirat Findorff hinsichtlich der weiteren Nutzung des benachbarten Geländes und der Entwicklungsperspektiven für den Stadtteil Findorff Stellung nehmen müsse. Anschließend wurde der als Anlage 2 beigefügte Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen als Diskussionsgrundlage für die nächste Beiratssitzung eingebracht.

Nach kurzer Aussprache wurde sich einvernehmlich dafür ausgesprochen, den Antrag vor Befassung im Rahmen der nächsten Beiratssitzung zunächst inhaltlich im Bauausschuss zu beraten.

TOP 3: Betreuungssituation der Kinder im Stadtteil
hier: Fortsetzung der Beratung vom 30.11.2011

Frau Dr. Rose berichtete, dass der Ablaufplan für die Kindertagesbetreuung erst Ende April abgeschlossen sein wird. Ein Zwischenstand nach heutigen Erkenntnissen aus den Abgleichen bei den 3 – 6jährigen könne aber heute durch die ebenfalls anwesende Frau Kilian dargelegt werden; die Situation in Findorff stellt sich gut dar. In der Situation der Kinder unter 3 Jahren ist der Behörde bekannt, dass man der Nachfrage nicht gerecht werden könne. Wie in anderen Stadtteilen müssen auch in Findorff viele Eltern weiterhin abgewiesen werden. Diese Situation wird sich voraussichtlich in den nächsten Monaten und vielleicht auch bis Ende des nächsten Jahres nicht so stark verändern. Bezogen auf die Kinder im Schulalter wurde gemeinsam mit der Bildungsbehörde die Anmeldefrist verlängert und somit auch die Nachricht darüber, welche Plätze vergeben werden. Zur Betreuung der Hortkinder und der Schulkinder in den offenen Ganztagschulen wird der Ablaufplan erst Ende April vorliegen.

Frau Kilian berichtete zur Situation der 3 – 6jährigen, dass nach erfolgtem Abgleich ein Platz plus als Momentaufnahme zu verzeichnen ist – das Rückmeldeverfahren läuft derzeit und wird im April abgeschlossen sein. Die Anmeldezahlen unterscheiden sich in den einzelnen Einrichtungen erheblich, so dass wohl nicht alle Erstanwahlwünsche der Eltern erfüllt werden können. Derzeit besteht die Situation, dass nicht alle stundenmäßigen Betreuungsumfänge, die nachgefragt werden, auch angeboten werden. Lt. Beschluss des Senats zum Ausbau der Kindertagesbetreuung wird es für das neue Kindergartenjahr in Bremen zusätzlich 600 aufgestockte Plätze auf 6 Stunden und 500 Plätze auf 8 Stunden geben. Wie sich die Verteilung der Plätze in Bremen darstellt, ist noch offen; Ende März/Anfang April wird die Verteilung dieser Plätze gemeinsam mit den Trägern stattfinden. Die Behörde hofft, dass dann die Betreuungsumfänge, die in den Stadtteilen nachgefragt werden, zur Verfügung

gestellt werden können. Ein Bedarf an Mehrstunden sei derzeit an der Kita Augsburgener Straße vorhanden. Bei den Anmeldungen für U-3-Kinder gibt es derzeit einen Überhang von 110 nicht versorgten Kindern. Die Auswertung der Doppelanmeldungen in diesem Bereich hat allerdings noch nicht stattgefunden. Präzise Zahlen sind erst für Ende Mai zu erwarten.

Zu den Fragen aus der Bevölkerung und dem Beirat nahmen die Gäste wie folgt Stellung:

- Im U-3-Bereich stehen insgesamt in Bremen zum jetzigen Zeitpunkt nicht genügend Plätze im Vergleich zur Nachfrage zur Verfügung. Gleichzeitig hat die Stadtgemeinde Bremen sich eine Ausbauplanung – auch für Findorff - für Kinder unter 3 Jahren vorgenommen und dafür auch Mittel bereitgestellt. Konkretes könne nachgeliefert werden. Bisher ist in Bremen – entsprechend der Vereinbarungen mit dem Bund – Ausbauziel, eine stadtweite Versorgungsquote von 35 % für alle „unter 3-jährigen Kinder“ zu erreichen. Im Laufe dieses Jahres werden Bedarfsermittlungsverfahren durchgeführt, um die Betreuungswünsche der Eltern zu ermitteln. Die Ergebnisse werden nachgereicht. In einigen Stadtteilen wird die Nachfrage der Versorgungsquote von 35 % überschritten werden, in anderen Stadtteilen wird der Versorgungsbedarf niedriger sein.
- Es gibt Kindergartengruppen, die eine Mischung darstellen mit einer abgesenkten Kinderzahl (5 Kinder unter 3 und 10 Kinder über 3 Jahren). Die Erfahrungen die mit diesen Gruppen bestehen, sind sehr positiv. Die Kinder, die in diese Gruppen kommen, sind häufig 1 ½ bis 2 Jahre alt. Häufig ist es so, dass viele dieser Kinder bereits Gruppenerfahrung haben. Die Besetzung ist hier im Vergleich zu einer „normalen“ 3 – 6jährigen Gruppe eine andere.
- Die Situation in den vergangenen Jahren war so, dass z. B. 2 ½-jährige Kinder, die dann im Dezember eines Jahres 3 Jahre alt wurden, zurückgewiesen wurden. Diese Kinder mussten dann ein halbes Jahr oder länger warten, bis sie in einen Kindergarten gehen konnten. Dieses war für viele Eltern eine sehr schwierige Situation. Jetzt können für diese Kinder Plätze geschaffen werden. Mit den Trägern wurde Klarheit darüber gefunden, dass diese sogenannten „4. Quartalskinder“ in die Gruppen hineingehen können. Es handelt sich dann hierbei nicht um eine Gruppe wie eben beschrieben, sondern um eine Gruppe mit 20 Kindern (1 bis 2 Kinder davon sind dann unter 3 Jahre – jedenfalls für ein ½ Jahr). Die Gruppe erhält eine Verstärkung in einem Umfang von 0,25 Std. für alle Kinder. Über dieses Vorgehen sollen nunmehr Erfahrungen gesammelt werden; nach einem Jahr soll eine Auswertung erfolgen.
- Nach dem erfolgten Aufruf an alle Träger, liegt der Behörde seit ca. 2009 eine große Liste über Interessensbekundungen von Trägern über den Ausbau der Kindertagesbetreuung für „unter 3-Jährige“ vor. Viele Träger mussten zurückgewiesen werden, weil die Behörde nur innerhalb eines bestimmten Budgets agieren kann. Bei der Planung eventueller weiterer Ausbaustufen wird auf die vorliegenden Interessensbekundungen zurückgegriffen. Mit dem Budget in diesem Jahr oder auch mit dem Budget für 2013 können keinerlei Zusagen über Ausweitungen gemacht werden. Es werde dafür ein zusätzliches Budget gebraucht.

Zur Interessensbekundung der Martin-Luther-Gemeinde, die bereits seit November 2007 ein hohes Interesse auf Umsetzung einer U-3-Betreuung (zwei Gruppen) bekundet hat, wurde erläutert, dass hiermit die Umwandlung von Elementargruppen einhergehen würde (Reduzierung von 10 Plätzen bei den 3 – 6jährigen) – die Frage ist, ob dieses machbar sei aufgrund der

Nachfragesituation. Die Frage einer möglichen Budgetierung ist ungeklärt – wenn dieses Vorhaben von den Mitteln her dargestellt werden könnte, wäre dieses ein gutes Modell. Heute können hierfür jedoch keine Zusagen gemacht werden. Es wurde deutlich gemacht, dass Frau Senatorin Stahmann alle Unterstützung in dieser Stadt braucht für die Gewinnung von mehr Ressourcen in diesem Bereich.

- Im Fokus der Aussprache stand auch die Situation der Krippengruppe in der Kita Augsburger Straße. Lt. Aussagen der Elternschaft verfügt die Krippe in der Kita im Vergleich zu anderen alleinstehenden Krippengruppen über einen ungünstigeren Personalschlüssel. Die Vertretungen der Krippengruppe müssen aus dem Elementarbereich abgedeckt werden, darunter leidet dieser. Die Elternschaft habe sich in dieser Angelegenheit bereits an Kita Bremen und das Sozialressort gewandt.

Frau Dr. Rose erklärte, dass sie sich in dieser Angelegenheit bereits mit Kita Bremen in Verbindung gesetzt habe. Die Standards, die die Behörde den Trägern für eine freistehende Krippengruppe oder auch eine Krippengruppe innerhalb einer Einrichtung gibt, sind immer die gleichen. Kita Bremen hatte in der Vergangenheit für sich andere Standards gesetzt; ist aber durch die Behörde angewiesen worden, diese Standards auch umzusetzen. In der Regel ist es eigentlich so, dass eine Krippengruppe innerhalb einer Einrichtung in einer besseren Situation ist, weil sie von der gesamten Infrastruktur der Einrichtung profitieren kann.

Die Angelegenheit konnte heute nicht abschließend geklärt werden – der Beirat wird diese Thematik nochmals separat vertiefen.

- Der Neubau Corveystraße habe sich noch nicht weiter konkretisiert. Die Behörde ist weiterhin im Gespräch mit Immobilien Bremen; die Klärung der Grundstücksfrage sei schwierig. Darüber, auf welchem Teil des Areals ein Neubau entstehen könnte, laufen schwierige Verhandlungen. Zur Nachfrage, ob nach Klärung der Grundstücksfrage ein Neubau garantiert werden könne, wurden von Frau Dr. Rose keine Garantien ausgesprochen.
- Auf der Suche nach neuen U-3-Betreuungsplätzen entwickelt die Behörde nach Auffassung von Frau Dr. Rose stadtweit erhebliche Kreativität. Neubauten sind in der Kürze der Zeit nicht zu realisieren. Neue Gruppen könnten z. B. in bestehenden Kindergärten und Kirchengemeinden eingerichtet werden. Viele Standorte stehen in Aussicht, die sofort aktiviert werden könnten.
- Ein Fachkräftemangel zeichne sich zum jetzigen Zeitpunkt – auch mit einer Ausbauplanung – nicht ab. Die Bildungssenatorin wird die Ausbildungskapazitäten noch einmal erhöhen; wahrscheinlich um zwei Klassen. Hierüber laufen derzeit Gespräche. Weiter bestünde die Möglichkeit Teilzeit- auf Ganztagsstellen aufzustoßen.
- Beschäftigungsbegleitende Ausbildungen zur Erzieherin und Sozialassistent werden weiterhin beim Paritätischen Bildungswerk angeboten. Zum jetzigen Zeitpunkt sind Maßnahmen wie z. B. das durchgeführte Programm „pro KiTa“ (Projekt Qualifizierungs- und Beschäftigungsoffensive, das vom Europäischen Sozialfond (ESF) finanziert und in Kooperation z. B. mit der Agentur für Arbeit etc. durchgeführt wurde) nicht geplant.
- Es wurde deutlich gemacht, dass für behinderte Kinder unter 3 Jahren keine Sondereinrichtung geplant sei. Diese Kinder werden in den Krippen oder den altersgemischten Gruppen mit betreut und ein Teil des Pakets der „interdisziplinären Frühförderung“ sein. Schon heute werden in einigen Einrichtungen unter 3jährige Kinder mit Beeinträchtigungen betreut; die Behörde ist zuversichtlich, dass weiterhin gute Programme und Konzepte geführt werden.

Hier müssen nunmehr Erfahrungen gesammelt werden – beziehen könne man sich aber auch auf die Erfahrungen mit den 3 – 6jährigen Kindern. Bestehende Konzepte für die Betreuung der unter 3jährigen Kinder müssten evtl. angepasst werden.

- Zum Thema „Elternbeiträge“ hat die Verwaltung derzeit den Auftrag drei verschiedene Modelle für die Ermittlung der Beitragshöhe zu errechnen. Die Vorstellung der verschiedenen Modelle (Jugendhilfeausschuss) ist für Juni geplant. Sofern beschlossen, soll die Umsetzung zum neuen Haushaltsjahr vorgenommen werden.

Herr Gloede, Die Linke, verlas sodann folgenden Antrag, den er bereits im Rahmen der Aussprache ausführlich erläutert hatte:

„1. Der Stadtteilbeirat Findorff fordert die Sozialsenatorin und den gesamten Senat auf, auf Grundlage der aktuellen Anmeldezahlen und der Forsa-Umfrage spätestens im November 2012 eine Ausbauplanung U-3 vorzulegen, die dem Bedarf im Stadtteil Findorff entspricht und dies in der Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

2. Weiter fordert der Beirat, dass die in den nächsten Wochen erzielten Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst nicht zu Lasten der Angebotsstrukturen in der Kindertagesbetreuung – auch nicht in Findorff – gehen. Die in der Haushaltsplanung zur Verfügung gestellten Mittel sind um die Tarifsteigerung zu erhöhen.“

In der nachfolgenden Abstimmung wurde der Antrag einstimmig geschlossen.

TOP 4: Kriminalprävention im Stadtteil

a) Bericht zur stadtteilbezogenen Kriminalstatistik

Herr Backhaus, Polizei Bremen, erläuterte im Rahmen einer Power-Point-Präsentation umfassend die Kriminalitätsentwicklung in Findorff für den Zeitraum 2009 bis 2011 (sh. Anlage 3) und ging dabei auf Nachfragen aus dem Beirat und der Bevölkerung ein. Das Fazit sei so, dass die kriminelle Aktivität im Stadtteil Findorff eher keinen großen Anlass zur Sorge gäbe; in vielen Bereichen sind die kriminellen Aktivitäten sogar gesunken. Im Bereich der Drogendelikte sei jedoch ein kontinuierlicher Anstieg der Fälle zu verzeichnen.

b) Bericht über den Einsatz künstlicher DNA

Herr Schaper, Polizeirevier Findorff/Kontaktpolizist, erläuterte im Rahmen einer Power-Point-Präsentation die Möglichkeit, Wertsachen mit einer einmaligen und fast nicht zu entfernenden Eigentumsmarke zu versehen. Die durchsichtige Markierungsflüssigkeit kann auf Gegenstände aufgebracht werden. Jede einzelne Markierungsflüssigkeit ist mit einem individuellen DNA-Code ausgestattet. Über den Code ist für die Polizei die Zuordnung eines Gegenstandes zu seinem rechtmäßigen Eigentümer möglich. Der Code und die Daten des Eigentümers werden in einer Datenbank gespeichert. Durch die Markierung ist das Entdeckungsrisiko der Straftat wesentlich höher. Deshalb wird durch den Einsatz von künstlicher DNA eine Abschreckung im Bereich der Eigentumskriminalität erzielt. Das Produkt kann über die Firma „Selectadna“ erworben werden. Weitere Informationen zum Thema sh. Anlage 4.

Herr Schaper stellte sich anschließend den u.a. kritischen Fragen der Anwesenden. Der Beirat beschloss, das Thema „Datenbank“ unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten im Rahmen einer der nächsten Fachausschuss- oder Beiratssitzungen vertieft zu beleuchten.

TOP 5: Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

a) aus der Bevölkerung

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

b) aus dem Beirat

Der stellvertretende Sprecher des Beirates, Herr Kötter, berichtete, dass in der letzten Sitzung der Beirätekonferenz u. a. thematisiert wurde, dass die bestehenden Jugendbeiräte jeweils nur mit einem stimmberechtigten Vertreter in der Beirätekonferenz vertreten sind. Von den Jugendausschüssen wird gewünscht, dass jeweils zwei stimmberechtigte Vertreter der Beirätekonferenz beiwohnen können. Die Mehrheit der TeilnehmerInnen der Beirätekonferenz sprach sich dafür aus, diesem Wunsch zu entsprechen. Es wurde verabredet, in den einzelnen Beiräten dazu eine Beschlusslage zu erarbeiten.

Fazit der Aussprache: ***Der Stadtteilbeirat Findorff stimmt zu, dass jeweils zwei stimmberechtigte Vertreter der fünf Jugendbeiräte der Beirätekonferenz beiwohnen können.***

TOP 6: Bericht der Sprecherin

Die Beiratssprecherin, Frau Locke, berichtete kurz über die letzte Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte, anlässlich derer die Themen ‚Umgang mit dem Gesetz über Ortsämter und Beiräte durch Senat und Verwaltung, hier: Sozialressort‘, ‚Feste AnsprechpartnerInnen in den Senatsressorts für Beiratsangelegenheiten‘, ‚Bürgerschaftliches Engagement‘ behandelt wurden. Als Vorsitzender des Ausschusses wurde Herr Helmut Weigelt gewählt.

Der stellvertretende Sprecher, Herr Kötter, berichtete kurz über die Beirätekonferenz vom 06.03.2012, anlässlich derer die Themen ‚Beteiligung der Beiräte bei der Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplanes Bremen‘, ‚Richtlinie über die Zusammenarbeit mit den Beiräten und Ortsämtern in Grundstücksangelegenheiten‘, ‚Anzahl Vertreter der Jugendbeiräte in der Beirätekonferenz‘ (sh. TOP 5 b) behandelt wurden.

TOP 7: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Es lag nichts vor.

Vorsitzender:

Sprecherin:

Protokollantin:

- Mester -

- Locke -

- Rohlf -

Anlagen

Entwurf für einen Beiratsbeschluss zum Verkauf der Grundstücke für die neue Oldenburger Kurve

Die DB Netze plant den Bau eines etwa 800 Meter langen neuen Gleises zwischen dem Bahnhof und dem Brückenbauwerk Breitenweg - die sogenannte Oldenburger Kurve. Hintergrund ist die beabsichtigte Ertüchtigung des Bremer Eisenbahnknotens. Die DB spricht von der "einmaligen Möglichkeit die Eisenbahninfrastruktur im Knoten Bremen kapazitiv und qualitativ zu verbessern"

Um die Oldenburger Kurve bauen zu können, muss das Projekt planfestgestellt werden. Die Unterlagen für dieses Verfahren, insbesondere die Einwendungen aus den verschiedenen Anhörungen, und die Stellungnahme der Planfeststellungsbehörde liegen zur Zeit beim Eisenbahn-Bundes-Amt. Eine Entscheidung des EBA liegt noch nicht vor.

Die DB Netze mahnt dennoch zur Eile und fordert Klarheit bezüglich des Verkaufs der Grundstücke, die für den Bau des neuen Gleises von der Stadt Bremen erworben werden sollen. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft hat deshalb den Beirat Mitte gebeten, zu diesem Verkauf gemäß § 9 Abs 1 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter Stellung zu nehmen.

Der Beirat lehnt den Verkauf der Grundstücke ab, solange die Wohngebiete Struckmannstraße in Walle, Stephani und Doventor in Mitte und die Wohngebäude an der Plantage in Findorff keinen substantiell verbesserten Lärmschutz erhalten.

Für ebenso bedeutsam hält der Beirat den Schutz der Bildungseinrichtungen neben der Bahn.

Der Beirat erwartet von den zuständigen Senatoren die Aufnahme von Verhandlungen mit der Bahn und dem Bundesministerium für Verkehr, um gemeinsam dieses Problem zu lösen.

Im Einzelnen geht es dabei um folgende Punkte:

1. Aktiver Lärmschutz zur Abschirmung des Gewerbegebietes und der Wohngebäude an der Plantage.
2. Aktiver Lärmschutz an beiden Gleisen über den Breitenweg, um das Wohngebiet Struckmannstraße und das Doventor zu schützen
3. Aktiver Lärmschutz zur Abschirmung des südlichen (alten) Astes der Oldenburger Kurve vom Brückenbauwerk Breitenweg bis zum Beginn der Bebauung (Papageien-Haus)
4. Passiver Lärmschutz soweit erforderlich für die Gebäude der Erwachsenenschule, des Fortbildungszentrums und des Arbeitsamtes (unter Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes)
5. Fortführung der bereits versprochenen Lärmschutzwand für das Stephaniquartier über die Brücke über die Eduard-Schopf-Allee
6. Die von der DB Netze am Rande der Anhörung für das Planfeststellungsverfahren angekündigte Lärmsanierung durch eine Lärmschutzwand parallel zur Nikolaistraße (wie unter 5 erwähnt) und zum Schutz des Stephaniquartiers müssen verbindlich finanziert werden und gleichzeitig mit dem Bau der Oldenburger Kurve errichtet werden
7. Sowohl im Bereich der alten, wie der neuen Oldenburger Kurve sind Anlagen zur Schmierung der Gleise einzurichten, um das „Kurvenquietschen“ zu reduzieren.

Der Beirat unterstützt die Forderungen der Unternehmen in der Überseestadt, die eine Abschirmung der Gleise nach Westen fordern und darauf aufmerksam machen, dass die wertvollen öffentlichen Räume am Weserufer, die mit viel bremischem Geld hergerichtet wurden, durch den Eisenbahnlärm in ihrer Brauchbarkeit drastisch eingeschränkt werden.

Diese 7 Punkte wurden vom Beirat und anderen Beteiligten im Rahmen der Anhörungen zum Planfeststellungsverfahren für die Oldenburger Kurve bereits vorgetragen.

Die für den Gesundheitsschutz, die Stadtplanung und den Emissionsschutz zuständigen Träger öffentlicher Belange haben gemeinsam mit dem Beirat gefordert, die Maßnahmen für den Lärmschutz in diesem Gebiet nicht auf den Bereich des Neubaus der Oldenburger Kurve zu beschränken, sondern, ausgehend vom Gesamtlärm der Bahn auf dieser Strecke, umfassenden Lärmschutz für die Wohngebiete neben der Bahn zu bauen.

Der Beirat vertritt deshalb die Auffassung, dass diese 7 Punkte zum Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens werden müssen, wenn sie rasch rechtsverbindlich werden sollen. Dies kann durch einen Nachtrag der DB Netze zum Antrag auf Planfeststellung für die Oldenburger Kurve an das EBA geschehen.

Der Beirat klagt zeitgleich gegen die Planfeststellung für Gleis 1. Gleis 1 ist ein weiteres Element der Ertüchtigung des Bremer Knotens. Das Klageziel des Beirats ist die Entlastung des Bahnhofs von dem Lärm der Güterzüge. Der Beirat hält insbesondere die Reduzierung der Geschwindigkeit der Güterzüge im Bereich des Bahnhofs für geeignet, dieses Ziel zu erreichen. Eine außergerichtliche Einigung könnte diesen Rechtsstreit beenden.

Der Beirat beschließt die Einleitung eines Einigungsverfahrens nach § 11 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter und wird den Punkt auf seiner Sitzung am 16.4.2012 erneut auf die Tagesordnung setzen.

Der Beirat beantragt vorsorglich beim Bürgerschaftspräsidium, für den Fall, dass es auf der nächsten Sitzung des Beirats nicht gelingt das Einvernehmen für den Grundstücksverkauf auf der Grundlage eines verbesserten Lärmschutzes zu erreichen, den Punkt auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 24.4.2012 zu setzen und den Beirat zur Beratung einzuladen.

In diesem Zusammenhang bittet der Beirat die Bürgerschaftsparteien darum, dass die Wirtschaftsdeputation / der Haushaltsausschuss den Sachverhalt nicht behandeln, bevor die Bürgerschaft das Thema beraten hat.

**Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Stadtteilbeirat Findorff
Antrag für die Beiratssitzung
15.3.2012**



**Kein Verkauf städtischer Flächen für den Ausbau des Bahnknoten Bremen
Lärmbelastung reduzieren – Bahnbrachflächen entwickeln – Wegebeziehungen herstellen**

Nach Fertigstellung des Jade-Weser-Ports plant die Deutsche Bahn umfassende Ausbaumaßnahmen im Bereich des Bremer Bahnknotens. So soll die "2. Oldenburger Kurve" nordwestlich des Hauptbahnhofs einen zusätzlichen zweiten Bogen erhalten. Die Bahn beabsichtigt, die für den Bau der Oldenburger Kurve nötigen Flächen, die sich im Besitz der Stadt Bremen befinden, zu erwerben. Zusätzlich soll im Zuge der Ausbaumaßnahmen noch eine weitere, teilweise abseits der Gleisanlagen liegende Fläche in zentraler Innenstadtlage zwischen Güterbahnhof, Findorff, Doventor und Utbremen/ Walle, an die Bahn verkauft werden.

1. Kommt das neue Gleis wie vorgesehen, so zerteilt dieses die letzte freie, insgesamt rund 9 Hektar große innenstädtische Entwicklungsfläche Bremens und schneidet die Stadtteile Findorff, Utbremen, Walle und Doventor weiter von der Innenstadt ab.
2. Mit dem Verkauf einer nicht für den Gleisbau benötigten, rund 2,5 ha großen Fläche würde Bremen hier seinen Gestaltungsspielraum für die Innenentwicklung aus der Hand geben.
3. Der geplante Gleisausbau bedeutet eine weitere, massive Zunahme der Lärmbelastung in den angrenzenden Stadtteilen Findorff, Utbremen, Doventor und im Stephaniviertel. Das ist nicht hinnehmbar. Schon jetzt übersteigt der Lärm in diesen Wohnquartieren trotz Lärmschutzwänden an den Bahnstrecken die Grenze der Belastbarkeit.

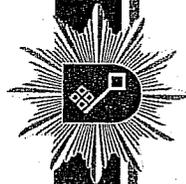
Der Beirat Findorff fordert, den Verkauf städtischer Flächen für den Ausbau der Gleisanlagen Oldenburger Kurve abzulehnen, solange nicht folgende Forderungen erfüllt sind:

- Für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Findorff ist vollständiger Lärmschutz an einer möglichen neuen Gleisanlage zu gewährleisten. Insbesondere die Plantage ist durch Lärmschutzwände so abzuschirmen, dass dort auch perspektivisch Wohnen möglich wird.
- Die innenstädtische Entwicklung auf dem brachliegenden Güterbahnhofs Gelände muss künftig ermöglicht und gefördert werden. Dafür sind auf diesem Gelände zwischen Findorff, Walle und Bremen-Mitte stadtteilübergreifende Entwicklungsperspektiven und innovative Nutzungskonzepte zu entwickeln und umzusetzen.
- Die Wegebeziehungen zwischen den Stadtteilen Findorff und der Innenstadt müssen auf diesen Flächen hergestellt und ausgebaut werden.

Für die Fraktion der GRÜNEN
im Stadtteilbeirat Findorff

Stefan Bendrien, Nima Pirooznia, Peter Reinkendorf, Rolf Steinhilber, Anja Wohlers

3

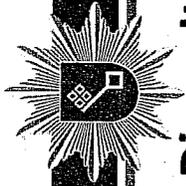


Polizei Bremen



Kriminalitätsentwicklung in Findorff

Sitzung Beirat 15.03.2012



Polizei Bremen



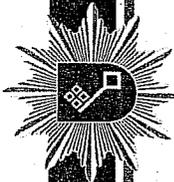
Zeitsitz seit 2007
auf dem Berufungsamt

Disposition

1. Strukturelle Aufstellung

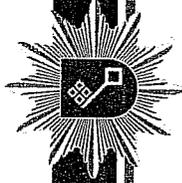
2. Kriminalitätsentwicklung

3 -Jahres-Zeitraum (2009 bis 2011)

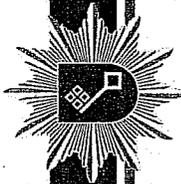


1. Strukturelle Aufstellung

- **Inspektion Mitte / West**
 - Inspektionsleiter PD Backhaus, S 5
- **Reviere im Bremer Westen**
 - S 52 – Revier Walle; Revierleiter EPHK Herrmann
 - S 53 – Revier Findorff, Revierleiter PHK Grote
 - S 55 – Revier Gröpelingen; Revierleiter PHK Schröder
 - S 57 – Revier Oslebshausen; Revierleiter PHK Kröger
- **ZED Mitte / West**
 - Zentraler Standort für den Bereich Mitte und West in der Wache Stephanitor
 - ZED-Leiter PHK Uden, PK Lipp und PK Milewski mit Schwerpunkt Jugendkontrolle
- **Kontaktpolizisten an den örtlich zuständigen Revieren**
 - Findorff vier Kontaktpolizisten (vollzählig)



- Inspektion Regionale und Jugendkriminalität, S 4
 - Inspektionsleiterin KORin Wittrock, S 4
 - Sechs Sachgebiete; davon vier Polizeikommissariate mit regionaler Anbindung
 - S 43 Polizeikommissariat Mitte / West
 - Kommissariatsleiter EKHK Bolte
 - Sachbearbeiter für den Bereich Eigentums- und Alltagskriminalität und den Bereich Jugendkriminalität
 - Zuweisung von Akten bei Jugendlichen entsprechend des Wohnortprinzips
 - Bearbeitung von Jugendlichen durch einen Sachbearbeiter - wenn möglich



2. Kriminalitätsentwicklung in Findorff (3 - Jahres-Zeitraum)

Rückgang der aller Straftaten (2009: 2501 Fälle, 2010: 2184 Fälle, 2011: 2161 Fälle)

- Deutliche Abnahme der Straßenkriminalität (1044 Fälle in 2009; 850 Fälle in 2011)
 - Kfz-Delikte (Straßenkrim.) rückläufig (2009: 407 Fälle, 2010: 290 Fälle, 2011: 321 Fälle)
 - Fahrraddelikte (Straßenkrim.) rückläufig (2009: 418 Fälle, 2010: 312 Fälle, 2011: 351 Fälle)
 - Raubtaten (Straßenkrim.) rückläufig (2009: 18 Fälle, 2010: 12 Fälle, 2011: 8 Fälle)
 - Graffiti Zunahme (2011 auf 7 Fälle)zu den Jugendlichen:
 - Rückgang der Fallzahlen (2009: 17 Fälle, 2010: 12 Fälle, 2011: 8 Fälle)
 - GefKV und Sachbeschädigung sind die am häufigsten durchgeführten Delikte
- Deutliche Abnahme der Gewaltkriminalität (2009: 80 Fälle; 2011: 56 Fälle)
 - Gefährliche Körperverletzung ist das häufigste Delikt
 - Fallzahlen mit jugendlichen Tatverdächtigen ging von 5 Fälle in 2009 auf 1 Fall in 2011 zurück
- Kontinuierlicher Anstieg der Drogendelikte (Kontrolldelikt); (2009: 95 Fälle, 2011: 101 Fälle, 2011: 130 Fälle)
 - Fallzahlen mit jugendlichen Tatverdächtigen annähernd auf gleichem Niveau (ca. 10 Fälle pro Jahr)
- Rückgang bei Einbruch Gebäude ((2009: 293 Fälle, 2010: 212 Fälle, 2011: 248 Fälle)
 - Anstiege bei Kellereinbrüchen (2009: 59 Fälle, 2010: 55 Fälle, 2011: 98 Fälle)
 - Rückgang bei Wohnungseinbrüchen (2009: 103 Fälle, 2010: 35 Fälle, 2011: 56 Fälle)
 - Fallzahlen mit jugendlichen Tatverdächtigen deutlich zurückgegangen (2011: 1 Fall)
- Keine Jugendbanden; keine problematischen Jugendtreffpunkte

Die Polizei in Bremen und Bremerhaven ist mit UV-Taschenlampen ausgerüstet, mit denen die DNA-Markierung nachgewiesen werden kann.

ES STEHT DIR INS GESICHT GESCHRIEBEN
- Die Polizei macht Straftäter sichtbar -

SELECTADNA
Polizei Bremen
Ortspolizeibehörde Bremerhaven

DNA-Spuren führen zum Täter!

Beispielabbildung eines von 22 Aufklebern (verschiedene Formen und Größen), die den Verkaufsversionen der Markierungssets beiliegen.



Polizei Bremen
Ortspolizeibehörde Bremerhaven

Projektgruppe SelectaDNA

Tel: 0421/362 19012

E-Mail:

selectadna@polizei.bremen.de

Polizei Bremen

Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle

Am Wall 196a

28195 Bremen

Tel: 0421/362 19006 Fax: 0421/362 19009

Internet:

www.polizei.bremen.de

E-Mail:

beratungsstelle@polizei.bremen.de

Ortspolizeibehörde Bremerhaven

Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle

Himrich-Schmalfe lat-Str. 31

27576 Bremerhaven

Tel: 0471/9553 1122

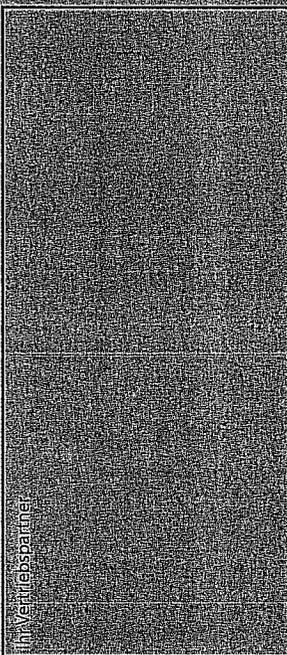
Internet:

www.polizei.bremerhaven.de

E-Mail:

beratungsstelle@polizei.bremerhaven.de

©2011



Ein Verlebensbatterien

SDNA
Forensische Markierungstechnologie GmbH

Talstrasse 11 • D-69198 Schriesheim

Tel: +49 (0) 6203 95698 77 • Fax: +49 (0) 6203 95698 78

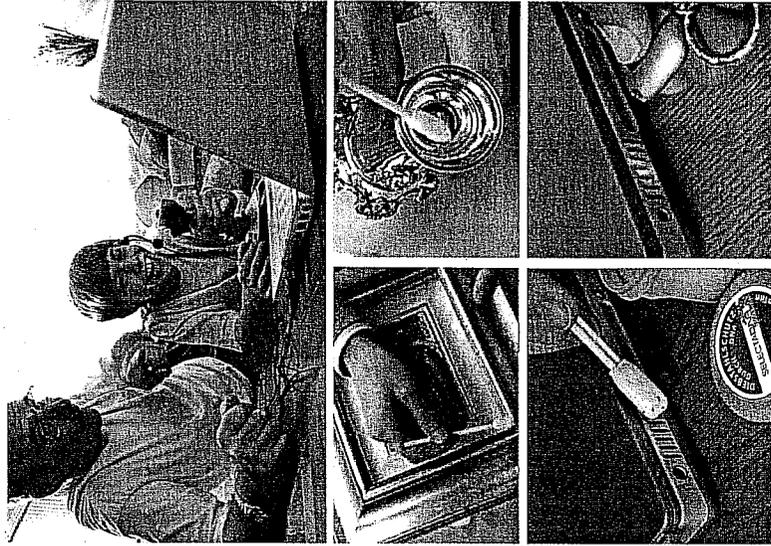
info@selectadna.de • www.selectadna.de



SELECTADNA

Machen Sie aus Ihren Wertsachen keine Beute

Diebstahlschutz durch DNA



DNA-Spuren führen zum Täter



Polizei Bremen

Ortspolizeibehörde Bremerhaven

UV-Markierungsspray (DNA-Sprühanlage)

Eine weitere Anwendungsvariante von SelectaDNA ist das „DNA-Spray“. Hier erfolgt die Markierung von Straftätern bei einem Einbruch oder Überfall durch eine Sprühanlage. Die aufgesprühte Substanz haftet für mehrere Tage auf der Haut bzw. Kleidung des Straftäters und leuchtet unter ultraviolettem Licht. Jede Flasche enthält einen einmaligen DNA-Code, der der Polizei als Beweis dienen kann. Im Land Bremen erfolgt der Einsatz von SelectaDNA unter der „Schirmherrschaft“ der Polizei. Sie finden mehr Informationen auf unserer Internetseite oder direkt bei den Beratungsstellen der Polizei in Bremen und Bremerhaven.



Die Datenbank

Um zu gewährleisten, dass im Falle eines Diebstahls Ihr markiertes Eigentum über die Codierung der Markierungsflüssigkeit Ihnen zugeordnet werden kann, wird der einmalige DNA-Microdot-Code in einer Datenbank gespeichert. Zu dieser Datenbank haben nur Sie als Eigentümer und die Polizei Zugang.

Welche Rolle spielt die Polizei?

Die Polizei Bremen und Bremerhaven ist mit speziellen UV-Taschenlampen ausgerüstet, mit denen die DNA-Markierung nachgewiesen werden kann. Sie verfügt auch über Mikroskope, womit die Microdots, die sich ebenfalls in der Markierung befinden, ausgelesen werden können. Die Microdots enthalten eine einmalige Codierung, womit die Polizei den registrierten Eigentümer durch Abfrage der Datenbank ermitteln kann. Im Ermittlungsfall kann eine DNA-Probe genommen werden, um zweifelsfrei festzustellen, von welchem Tatort der Gegenstand oder der Tatverdächtige stammt. Um die Abschreckung von SelectaDNA zu verstärken, führt die Polizei bereits intensive Kontrollen durch. Zum Beispiel auf Flohmärkten und anderen Veranstaltungen, aber auch im normalen Straßenverkehr, wo Diebesgut aufgefunden werden kann, gehen Beamte mit UV-Lampen auf die Suche.

SelectaDNA ist eine moderne, „CSI-artige“ Markierungsflüssigkeit, mit der Sie Ihre Wertsachen mit einer einmaligen und fast nicht zu entfernenden Eigentumsmarke versehen. Durch diese Markierung werden Transport, Besitz und Verkauf von gestohlenen Waren für Straftäter viel risikoreicher. Jedes Kit enthält eine ausreichende Anzahl an Aufklebern für Türen, Fenster, Gegenstände und Fahrzeuge, womit die Anwendung von SelectaDNA deutlich angezeigt werden kann. Die Praxis hat gezeigt, dass diese Strategie abschreckend wirkt und zu einer Reduzierung der Eigentumskriminalität führt. Die Erfahrungen, die bereits in Bremen, Bremerhaven, England und den Niederlanden mit dieser Präventionsstrategie gemacht wurden, belegen, dass die Zahl der Eigentumsdelikte in „DNA geschützten Bereichen“ deutlich messbar zurückging.

Sie können sich ab sofort dieser Initiative anschließen und auch für Ihre Wohnung ein Kit mit Markierungsflüssigkeit (in der „künstliche DNA“ enthalten ist) zu günstigen Konditionen erwerben.

Wieso „SelectaDNA“?

Die Markierungsflüssigkeit:

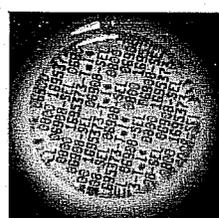
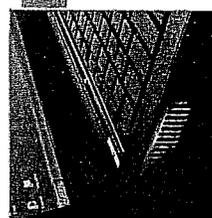
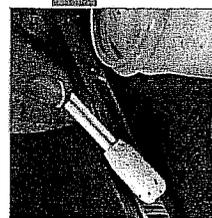
„SelectaDNA“ ist eine durchsichtige Markierungsflüssigkeit, die auf Gegenstände aufgebracht werden kann. Die ausgehärtete Markierungssubstanz ist mit bloßem Auge kaum wahrnehmbar, fluoresziert aber, wenn sie mit einem speziellen UV-Licht angeleuchtet wird.

Jede einzelne Markierungsflüssigkeit ist mit einem individuellen DNA-Code und zusätzlich mit kleinen codierten Kunststoffplättchen, den sogenannten „Microdots“, ausgestattet.

Über den DNA-Code bzw. die „Microdots“ ist für die Polizei die Zuordnung eines markierten Gegenstandes zu seinem rechtmäßigen Eigentümer möglich.

Das Entwenden von Wertgegenständen, die mit SelectaDNA markiert sind, ist für potentielle Straftäter risikoreicher.

Durch die Markierung ist das Entdeckungsrisiko der Straftat wesentlich erhöht. Deshalb wird durch den Einsatz von künstlicher DNA eine Abschreckung im Bereich der Eigentums-kriminalität erzielt.



Wie kann ich ein Projekt in meinem Wohnviertel starten?

SDNA, die Polizei Bremen und Bremerhaven unterstützen Anwohnerinitiativen. Wenn Sie gemeinsam mit Ihren Nachbarn mehrere Wohnungen gleichzeitig mit SelectaDNA schützen wollen, melden Sie sich bitte an bei www.selectadna.de (Anwohner-Initiativen) oder bei den Polizeilichen Beratungsstellen. Wir informieren Sie gerne über Möglichkeiten und Preisvorteile.

Bestehen Gefahren für die Gesundheit?

Bei sachgemäßer Anwendung gehen weder von der Markierungsflüssigkeit noch vom SelectaDNA-Spray Gesundheitsgefahren aus. Entsprechende Sicherheitsdatenblätter liegen vor.

Was kostet „SelectaDNA“ und wo kann ich es kaufen?

Der reguläre Verkaufspreis für ein SelectaDNA-Homekit für die Markierung von ca. 50 Gegenständen beträgt € 89,50. Bewohne des Postleitzahlbereiches 26...,, 27...,, und 28...,, können die Kits zu einem reduzierten Preis von € 75,- erwerben. Aktuelle Preislisten finden Sie auf unserer Internetseite.

Die SelectaDNA-Kits zur individuellen Anwendung können Sie erwerben über das Internet (www.selectadna.de) oder telefonisch unter +49(0)6203/9569877 sowie vor Ort in Bremerhaven bei folgenden Adressen:

- GOP bei H+M, Uthoffstraße 14-16, Bremen 28757
- Nord N.E.T.S, Zum Alten Speicher 5 (3.O.G.), Bremen 28759
- Karstadt, Filiale Obernstrasse, Bremen 28195

Für alle gekaufte Kits bietet SDNA eine GELD-ZURÜCK-GARANTIE. Sollten Sie trotz Anwendung von SelectaDNA und Kennzeichnung Ihrer Wohnung Opfer eines Einbruchsdiebstahls werden, erstattet SDNA den von Ihnen entrichteten Kaufpreis zurück (die Bedingungen hierzu finden Sie unter www.selectadna.de).

SELECTADNA™

Smart crime protection